

# Der Rundbrief



für ver.di Aktive im OV Saar

Ausgabe 19/24 (Nr.25) am 1.11.24

Ulrike Eifler spricht, Sigi Becker singt

## Gemetzel beenden

Am Donnerstag, 14. November 2024 um 18 Uhr führt der OV Saar der Gewerkschaft ver.di unter dem Motto „Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg“ eine Veranstaltung im ver.di Haus mit der Gewerkschaftssekretärin Ulrike Eifler aus Würzburg durch. Der Liedermacher Sigi Becker kommt auch. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

„Das Gemetzel muss beendet werden. Das zu bewirken, ist die wichtigste Aufgabe der deutschen und europäischen Politik“. Das stellte schon 2023 der ehemalige EU-Kommissar und Sozialdemokrat Günter Verheugen fest.

Die Vorstellung eines gerechten Friedens scheint angesichts der andauernden Kriege in weite Ferne gerückt. In der immer propagandistischen Diskussion wird ein militärischer Sieg zum Synonym für Frieden. Und ein solcher Sieg sei durch die Lieferung von immer stärkeren Waffen und die Forcierung der dazu nötigen Aufrüstung zu haben. Dabei handelt es sich um eine fatale Fehlorientierung.

Wir erleben aktuell, dass die Bundesregierung im Windschatten der weltpolitischen Entwicklungen einen Aufrüs-

tungskurs verfolgt. Eine Politik von Sanktionen und Gegensanktionen befeuert die Inflation.

Der OV Saar der ver.di leistet mit der Veranstaltung einen orientierenden Beitrag zur gewerkschaftlichen Diskussion und schafft Räume, um aus der Sicht der abhängig Beschäftigten über Frieden und Abrüstung zu diskutieren. So schärfen die Kolleginnen und Kollegen ihre Argumente und können sich selbstbewusst bei Debatten im Betrieb oder der Nachbarschaft positionieren und standfest bleiben. Aus gutem Grund haben sich die Gewerkschaften nie „nur“ für die betrieblichen Themen zuständig gefühlt, sondern sich immer auch zu Fragen von Frieden, Ökologie und Gerechtigkeit positioniert. Kommt und bringt Kolleginnen und Kollegen mit.



### Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg

Vortrag & Diskussion mit  
**Ulrike Eifler**

Musikalische Begleitung: **Sigi Becker**

**Donnerstag, 14. November, 2024 – 18:00 h**  
ver.di Versammlungsraum,  
St. Johanner Straße 49 Saarbrücken

Ulrike Eifler ist Publizistin, Autorin, Gewerkschaftssekretärin und Bundessprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft in der Partei DIE LINKE. Sie setzt sich dafür ein, dass Gewerkschaften das Thema Krieg und Frieden stärker in den Fokus nehmen, denn das aktuelle Erstarren des Militärischen führt notwendiger Weise zur Schwächung der Gewerkschaften.



Ortsverein Saar

## Rechtsschutzsaal:

# Abend mit Literatur & Musik

Die Stiftung Rechtsschutzsaal Bildstock lädt in Zusammenarbeit mit der Arbeitskammer des Saarlandes und SR kultur zur Buchvorstellung BERLINE von Céline Righi ein.



Ende der 1960er Jahre. Eine Katastrophe führt zum Einsturz einer Kohlemine. In letzter Minute von einem umgestürzten Lorenwagen geschützt, erinnert sich Fernand an sein Leben, während er dem fast sicheren Tod entgegengeht. Stückweise tauchen die Erinnerungen und die bekannten Gesichter seines Lebens wieder auf. Als Gefangener der Dunkelheit erlebt Fernand so seine Kindheit und seine Geschichte noch einmal. BERLINE ist eine realistische und poetische Darstellung des Lebens der Bergleute aus Ostfrankreich, von denen viele aus italienischen Einwandererfamilien stammten. BERLINE ist ein Roman über ihr teils dunkles Schicksal, aber gleichzeitig mit Momenten voller Zärtlichkeit und Humor.

Nicola Denis, Trägerin des Eugen-Helmlé-Übersetzerpreises, hat Teile des Romans BERLINE im Auftrag der Arbeitskammer des Saarlandes auf Deutsch übersetzt, die an dem Abend von der Schauspielerin Verena Bukal gelesen werden.

Tilla Fuchs vom SR moderiert die Veranstaltung. Musik: Sphère

Die Veranstaltung findet am 6. November 2024 ab 18.30 Uhr im Rechtsschutzsaal Bildstock in Friedrichsthal statt. Die Teilnahme ist kostenlos. Aus organisatorischen Gründen bittet der Rechtsschutzsaal um Anmeldung.

Der Abend wird von SR kultur mitgeschnitten und am 13. November 2024 um 19:15 Uhr in „Literatur im Gespräch“ ausgestrahlt.

Für Programm, weitere Informationen und Anmeldung:

<https://www.arbeitskammer.de/aktuelles/kultur-veranstaltungen/veranstaltung/celine-righi-berline/>

## Bildungsangebote 25 online:

# Lasst uns nun schlauer werden

Man kann es gar nicht oft genug sagen: Im Saarland gibt es jetzt fünf Tage Bildungsfreistellung, für politische Bildung, für das Ehrenamt, für persönliche Weiterbildung, für gewerkschaftliche Bildung.

ver.di-Mitglieder genießen bei der Teilnahme an Bildungsurlauben aus dem ver.di-Seminarprogramm das volle Rundum-Sorglospaket: Sowohl Kost und Logis in einem der ver.di-Bildungszentren als auch die Lerninhalte der gesellschaftspolitischen Seminare sind im Mitgliedsbeitrag enthalten. Das gesellschaftspolitische Bildungsprogramm von ver.di Gewerkschafts-Politische Bildung gGmbH (GPB) orientiert sich eng am Bedarf der Mitglieder. So liegt der Schwerpunkt 2025 beispielsweise auf dem Themenfeld Demokratie und Migration.

Anspruchsvoll ist das Angebot der ver.di GPB von Themen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, das allen Mitgliedern offensteht. Die vielen Facetten der sozialökonomischen Transformation werden untersucht oder das Arbeiten in Zeiten von KI und Robotik bis hin zur Rolle der Medien. Der erstarkende Antifeminismus, der Rechtsruck, Tarif und Sozialpolitik und Europapolitik – all diese Angebote findet ihr im Seminarprogramm von ver.di GPB oder dem praktischen Seminarfinder im ver.di Bildungsportal.

Spezielle Bildungsangebote für die kollektive Betriebs- und TarifArbeit richten sich zudem an Aktive in ver.di oder an die gesetzlichen Interessenvertretungen, also Betriebs- oder Personalräte, JAVen oder MAVen. Die Seminare der gesetzlichen Interessenvertretungen werden gemäß Betriebsverfassungsgesetz oder Personalvertretungsgesetz von den Arbeitgebern finanziert.

**Seminare der ver.di GPB gGmbH:  
für alle Mitglieder: [kurzlinks.de/pj16](https://kurzlinks.de/pj16)**

**Seminare für ver.diAktive:  
[kurzlinks.de/v8bl](https://kurzlinks.de/v8bl)**

**Arbeitgeberfinanzierte Seminare:  
[kurzlinks.de/k0cu](https://kurzlinks.de/k0cu)**

Mitglieder von Interessenvertretungen unterstützen ver.di Bildung und Beratung (ver.di b+b) durch Bildungsplanung. Systematisch wird gemeinsam geprüft, ob für alle Aufgaben des Gremiums die nötigen Kenntnisse vorhanden sind. Auf dieser Basis wird dann gemeinsam die Weiterbildung geplant, unter Berücksichtigung der betrieblichen Rahmenbedingungen wie der rechtlichen Vorschriften.

Mehr Infos: [info@verdipub.de](mailto:info@verdipub.de)

## Höhere Beiträge?

# Pflegeversicherung reformieren

„ver.di warnt seit Monaten die Bundesregierung davor, angesichts der dramatischen finanziellen Lage der Pflegeversicherung weiter untätig zuzuschauen. Die Pflegeversicherung muss grundlegend reformiert und zukunftstauglich gemacht werden. Steigende Beiträge, vor allem



**» Der Ausweg aus immer weiteren Beitragserhöhungen und steigenden Eigenbeiträgen: eine Pflegeversicherung, die sämtliche pflegebedingte Kosten absichert und solidarisch aus allen Einkommensarten finanziert wird.«**

Sylvia Bühler, ver.di-Bundesvorstandsmitglied

aber immer höhere Eigenbeiträge in Pflegeeinrichtungen, überfordern die Menschen. Sie müssen sich darauf verlassen können, im Alter ein Leben in Würde führen zu können. Deshalb braucht es eine Vollversicherung, die alle pflegebedingten Kosten absichert. Alle Bürgerinnen und Bürger müssen entsprechend ihres Einkommens an der Finanzierung beteiligt werden, wobei beispielsweise auch Kapitalerträge einbezogen sind. Eine solidarische Finanzierung würde die Einnahmen langfristig stärken, das ist der Ausweg aus immer weiteren Beitragserhöhungen und schützt vor drohenden Leistungskürzungen. Unmittelbare Entlastung würde es zudem bringen, wenn die Rentenversicherung pflegender Angehöriger und die Folgen der Corona-Pandemie aus Steuermitteln finanziert würden. Solche gesamtgesellschaftlichen Aufgaben dürfen nicht länger allein den Versicherten aufgebürdet werden. Es verbietet sich, weiter auf Kosten der pflegebedürftigen Menschen sowie der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler herumzulavieren.“

**Pflege darf nicht arm machen.**

## Tarife und Frieden:

# Zwei Seiten

Am 12. Oktober wurde in München gegen Krieg, Hochrüstung und sozialen Kahlschlag demonstriert. Aufgerufen hatte ver.di München, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen aus dem breiten Spektrum der Friedens- und Gewerkschaftsbewegung. Sie machten deutlich:



Das Märchen von den „leeren Kassen“ können die Kriegstreiber ihren Freunden in der Spielbank erzählen, während gewaltige Summen in Kriege und deren Vorbereitung verschleudert werden.

Die Verteilungskämpfe werden schwieriger. Wenn wir bessere Bedingungen wollen, dann



werden die Regierenden uns als vaterlandslose Gesellen beschimpfen und die Schreiberlinge in den Leitmedien werden schreiben, wir seien Putinfreunde, Gerichte werden Streiks verbieten und sie werden von Verhältnismäßigkeit schwafeln. Deswegen heißt es zusammenrücken und gemeinsam mit der Friedensbewegung zu verstehen, dass unser Kampf für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Gehalt und der Kampf gegen Raketen und Krieg zwei Seiten der gleichen Medaille sind.



## Krankenhausreform:

# Kliniksterben verhindern

„Die Krankenhausversorgung ist elementar für die Menschen im Land, sie ist im wahrsten Sinne des Wortes lebensnotwendig. Deshalb muss der Bundestag auf eine Brückenfinanzierung für wirtschaftlich angeschlagene Krankenhäuser drängen. Es dürfen keine Abteilungen und Kliniken geschlossen werden, die für die Versorgung gebraucht werden. Jede und jeder muss sich auf eine gute Gesundheitsversorgung verlassen können – überall in Deutschland“, so ver.di-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühler anlässlich der Abstimmung zur Krankenhausreform im deutschen Bundestag.

„Grundlegend bei der Krankenhausreform ist eine Vorhaltefinanzierung, mit der die Fallpauschalen überwunden werden. Mit dem aktuellen Gesetzentwurf kommt nicht die versprochene Abkehr von der Ökonomisierung, er führt sogar zu einer Verschlimmbesserung“, so Bühler weiter. Außerdem sei die Finanzierung des Umbaus der Krankenhauslandschaft eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und müsse aus Steuermitteln und nicht zum Großteil mit Beiträgen der gesetzlichen Krankenversicherung bezahlt werden. „Gesetzlich Versicherte zur Kasse zu bitten, ist weder sachgerecht noch sozial.“ Die Versicherungsbeiträge dienten der Gesundheitsversorgung, nicht der Infrastruktur. Der Bund und die Länder seien gemeinsam in der Pflicht, ihren Beitrag zur Strukturreform zu leisten.

Auch das Bündnis Krankenhaus statt Fabrik spricht von einem Etikettenschwindel statt einer Revolution. Das Versprechen des Bundesgesundheitsministers nach einer „grundlegenden Entökonomisierung der Krankenhausversorgung“ und der „Überwindung des Fallpauschalensystems“ würde nicht eingelöst. Ein massiver Abbau der stationären Versorgung stünde bevor.

Auch die Leistungsgruppen und die Festlegung von Qualitätskriterien würden ein hohes Missbrauchspotential beinhalten. Das Gleiche gelte für die Mindestzahlen, die für jede Leistungsgruppe festgelegt werden sollen: Werden sie zu rigide ausgelegt, drohe vielen Krankenhäusern das Aus und die flächendeckende Versorgung bleibe auf der



Strecke.

Auch der Geschäftsführer der Saarländischen Krankenhausgesellschaft, Thomas Jakobs, übte



in der Saarbrücker Zeitung scharfe Kritik an der Klinikreform. Die 19 Kliniken werden in diesem Jahr ein Defizit von insgesamt 100 Millionen Euro anhäufen. Darüber hinaus haben die saarländischen Krankenhäuser einen Investitionsbedarf für dringend erforderliche Modernisierungen, Neubauten und neue technische Geräte in Höhe von etwa 718 Millionen Euro.

Jakobs: „Entgegen der Zusagen von Bundesgesundheitsminister Lauterbach an die Länder erhalten die Kliniken keinen Cent für ihre inflationsbedingten Mehrkosten. Die sogenannte Vorhaltefinanzierung entpuppt sich im Gesetztext als Augenwischerei. Unsere Erwartung war, dass es sich dabei um eine Pauschale handelt, die jede Klinik allein dafür erhalten soll, dass sie rund um die Uhr Personal und Infrastruktur bereithält, unabhängig von der Zahl der Patienten. Jetzt jedoch soll die Höhe der Vorhaltepauschale doch von den Patientenzahlen in den verschiedenen Leistungsgruppen abhängen. Die von Lauterbach versprochene Entökonomisierung ist so keineswegs zu erreichen, der starke wirtschaftliche Druck auf die Kliniken bleibt nicht nur bestehen, sondern wird sich weiter verschärfen.“

ver.di begrüßt den Vorschlag, eine Kommission einzurichten, die Ansätze zur Personalbemessung für Beschäftigte in der Patientenversorgung untersucht. Damit werde eine seit Jahren von ver.di vorgebrachte Forderung aufgegriffen, für alle Beschäftigtengruppen eine bedarfsorientierte Personalausstattung zu entwickeln. „Bei dieser Kommission muss ver.di als größte Interessensvertretung der Krankenhausbeschäftigten mit an den Tisch“, forderte Bühler.

Auch dass Tariferhöhungen künftig bei allen Krankenhausbeschäftigten bereits im laufenden Jahr und vollständig ausgeglichen werden sollen, bewertet die Gewerkschafterin positiv. Bühler: „Nur mit guten Arbeitsbedingungen können Beschäftigte für die Arbeit im Krankenhaus gewonnen und gehalten werden.“